

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 7 (1966)
Heft: 14

Artikel: Ein Franzose in Moskau
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077194>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

7. Jahrgang, Nr. 14

Erscheint alle zwei Wochen

Bern, 6. Juli 1966

Ein Franzose in Moskau

Aus de Gaulles Moskau-Besuch lässt sich kein Libretto gestalten, das einen Gershwin inspiriert hätte. Um so weniger, als der Komponist sich vermutlich heute mit «Ein Amerikaner aus (statt in) Paris» beschäftigen müsste. Und das steht mit dem «Franzosen in Moskau» doch in einem gewissen Zusammenhang.

Präsident de Gaulle beabsichtigt, ein Europa vom Atlantik bis zum Ural aufzubauen, das frei von der «amerikanischen Vormundschaft» sei. Er möchte dieses Werk durch Frankreich und die Sowjetunion verwirklicht wissen. Zu diesem Zweck der Besuch in Moskau, dem nun aber ganz gewichtige und folgenschwere Vorleistungen vorangegangen sind, um das Gespräch mit den Sowjets zu sichern: de Gaulle gefährdet die Nato

mit dem Austritt Frankreichs, setzt die EWG auf das Spiel und sabotiert die atlantische Gemeinschaft, deren Verwirklichung wahrscheinlich dringlicher ist als das historisch bereits überholte «Vereinigte Europa». Das Verhalten de Gaulles scheint in mehrerer Hinsicht problematisch.

Zum ersten waren die vorgegebenen Konzessionen in ihrer Wirkung eher fraglich. Die Sowjets anerkennen Vorleistungen selten als beantwortungswürdige Konzessionen.

Mit diesen taktischen Zügen hat sich Frankreich zudem von den USA entfernt, um von den Sowjets als Sprecher Europas anerkannt zu werden. Dies Mandat hoffte de Gaulle sich zu sichern, indem er auf Angriffe gegen die Amerikaner verzichtete, die Forderung nach der Wiederver-

In dieser Nummer

| | |
|---|-------|
| Staat und Kirche in Polen: Andere Grundlagen als anderswo | 2/3 |
| Medizin mit und ohne Partei | 6 |
| Mao, die Sonne | 7 |
| Polnisches Reisetagebuch | 8/9 |
| De Gaulle in den sowjetischen Nachschlagewerken | 10/11 |

einigung Deutschlands nicht opferte und gleichzeitig die Atomkraft seines Landes betonte. Aber die Sowjets dürften die Macht und Kraft Frankreichs kaum überschätzen, wie de Gaulle selbst es tut. Der französische Präsident, der eben der Nato das Gastrecht entzogen und die Amerikaner des Landes verwiesen hatte, ist weder seiner Macht noch seiner Anerkennung nach ein Sprecher Europas.

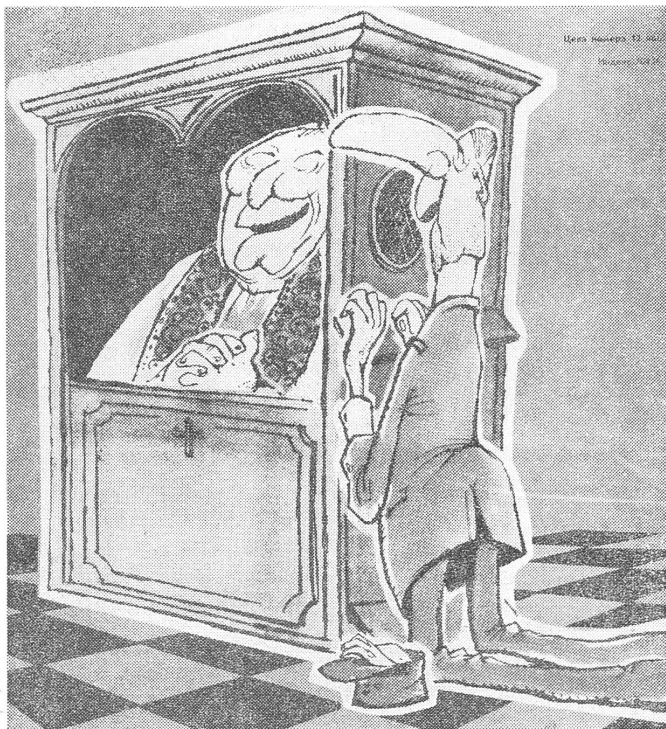
Ferner hat de Gaulle die amerikanische Freundschaft geopfert, ohne die sowjetische zu gewinnen. Als Folge davon — die Anzeichen mehren sich — beginnen die Amerikaner sich langsam aus Europa zurückzuziehen. Nach der politischen und wirtschaftlichen gewinnen sie jetzt die geistige Unabhängigkeit von Europa. Das ist vielleicht ein unaufhaltsamer Prozess; er ist indessen nicht gleichgültig, ob er sich unter freundlichen oder gar feindlichen Begleiterscheinungen abspielt. Ohne Zweifel wird Europa weiterhin auf Amerika angewiesen sein — auch wissenschaftlich. Zweifel bestehen jetzt allerdings, ob Amerika bei einem derartigen Verhalten Europas weiterhin Hilfe gewähren wird.

Schliesslich fragt es sich, ob de Gaulle nicht taugliche Mittel am untauglichen Objekt eingesetzt und damit in Verruf gebracht habe.

Der französische Präsident wollte eine Entspannung als Voraussetzung einer europäischen Einigung, um jede Vormundschaft (er dachte wiederum vor allem an Amerika) aufzuheben. Ein von äusseren Einflüssen befreites Europa müsste sicher West- und Osteuropa umfassen und sich zwischen die USA und die UdSSR einschieben.

Wer dieses Ziel anstrebt, muss die Regeln beachten, die sich aus der Machtverteilung selbst ergeben: eine solche Union Europas entsteht entweder aus amerikanisch-sowjetischer Abmachung, oder west- und osteuropäischer Unabhängigkeitserklärung. Verhandlungen über das Kreuz, also zwischen Osteuropa und den USA oder Westeuropa und der Sowjetunion, müssen aus vielerlei Gründen scheitern.

Fortsetzung auf Seite 4



Vor drei Jahren kommentierte «Krokodil» die deutsch-französische Freundschaft mit diesem Bild und diesem Text:

«Beichte des Sünders:
Ich habe gegen Hitler
doch gekämpft.»
(Nr. 8 vom 20. März
1963)

Alle de Gaulle-Karikaturen unserer Nummer sind dieser satirischen Moskauer Zeitschrift entnommen.

Ein Franzose in Moskau

Forts. von Seite 1

Mehr als das: solche Verhandlungen verzögern das angestrebte Ziel. Man halte sich vor Augen, dass Osteuropa mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion fordert, und dass es diese Unabhängigkeit nur erreicht, wenn die Distanz zu Moskau vergrößert und jene zu Westeuropa verkleinert wird. Das ist ein Verhandlungsgegenstand von Gesprächen westeuropäischer und osteuropäischer Staats- und Regierungschefs, nicht aber von Gesprächen de Gaulles mit der sowjetischen Führung. Damit wurde bloss, und zu Recht, das Misstrauen Osteuropas erweckt, der Führungsanspruch Moskaus auf Osteuropa vom Westen her anerkannt und der Gedanke eigener nationaler Wege in Osteuropa unnötig geschwächt. Das aber dürfte kaum je als Mündigkeitsbeweis europäischer Politik gegenüber Osteuropa Geltung erhalten.

Peter Sager



Thema EWG, 20. Februar 1963.

Fortsetzung von Seite 3

ordnengruppen erklärten des öfters, dass sie keine Opposition bilden. Einer der Abgeordneten der ZNAK-Gruppe, Kisielewski, der aus dem ZNAK eine Opposition bilden wollte, konnte im jetzigen Parlament als Kandidat nicht mehr aufgestellt werden.

Ein weiteres Mittel von Partei und Staat ist die «wissenschaftliche atheistische Propaganda». Zu diesem Zweck wurden spezielle gesellschaftliche Organisationen gebildet. Es sind folgende: Die Gesellschaft zur Verbreitung von wissenschaftlichen Kenntnissen, die Gesellschaft der Atheisten und Freidenker, die Gesellschaft für Laienschule (weltliche Schule), die Gesellschaft der bewussten Mutterschaft.

Die atheistische Propaganda wird in Schulen, in Arbeitsplätzen, in Presse und Radio betrieben,

Säuberungen in Jugoslawien

Titos Konsequenz

Als das Zentralkomitee des jugoslawischen Kommunistenbundes vor fünf Tagen den Vizepräsidenten Rankovic demissionieren liess und den Polizeichef Stefanovic absetzte, schienen die optimistischsten Erwartungen in die jugoslawische Entwicklung übertroffen zu werden. Man hatte bestenfalls darauf gehofft, Tito werde die Gegner der Wirtschaftsreform ankündigungsgemäss zum Schweigen bringen können, obwohl auch das noch keineswegs sicher schien. Nun aber ist er sogar erheblich weiter gegangen und hat den ersten Feind auch der politischen Liberalisierung, den Sicherheitsdienst, kaltgestellt. Man könnte beinahe meinen, der Kampf des Rebellen Mihajlo Mihajlov sei von Tito aufgegriffen worden. Das trifft nun nicht zu, aber wichtige Entscheidungen sind gefallen.

● In der Wirtschaftspolitik ist der Sieg der «Liberalen», der theoretisch durch die Reformbeschlüsse bereits bestanden hatte, aber praktisch wegen der Obstruktion der «Dogmatiker» immer gefährdet blieb, dadurch bestätigt worden, dass die so oft angesagten «personellen Konsequenzen» nun auch in der Partei- und Staatsspitze eingetroffen sind.

● Mit dem Schlag gegen die politische Polizei wird jene Institution ins Wanken gebracht, welche sonst als sicherste Stütze eines diktatorischen Regimes zu betrachten ist. Die Eindämmung polizeilicher Willkürherrschaft bedeutet an sich noch nicht die Einführung politischer Freiheit, stellt aber eine der Voraussetzungen dazu dar. Von allen Implikationen der jüngsten Zentralkomiteebeschlüsse war die Auswirkung auf den vorwiegend im Wirtschaftssektor ausgetragenen Richtungskampf zwischen dem «liberalen» und dem von Rankovic angeführten «dogmatischen» Parteiflügel noch am ehesten vorauszusehen. Tito hatte wohl jahrelang zwischen den verschiedenen Gruppierungen eine neutrale Stellung eingenommen, diese Unentschiedenheit aber seit Beginn dieses Jahres aufgegeben, um sich eindeutig auf die Seite der Liberalen zu stellen. Seit einigen Monaten drohte er auch periodisch, die Saboteure an den Reformen würden die Konsequenzen zu ziehen haben.

Soweit waren die kommenden Dinge also angesagt. Nur hatte man allgemein damit gerechnet,

dass erstens nichts so heiss gegessen wie gekocht würde (seit Jahren waren fast alle jugoslawischen Reformbeschlüsse diesem Gesetz unterworfen), und dass zweitens die allfälligen Säuberungen nicht weiter gehen würden als bis zu den mittleren Parteirängen. Diesmal ist es anders herausgekommen.

Die Frage, wer das Erbe Titos antreten werde, könnte als müssige Spekulation aufgefasst werden, wenn nicht die beiden wichtigsten Kandidaten, eben der zurückgetretene Vizepräsident Alexander Rankovic einerseits, sowie der Parlamentsvorsitzende Eduard Kardelj andererseits, auch zugleich die Hauptvertreter unterschiedlicher Richtungen wären. In Vereinfachung verkörpert Rankovic, der als Chef des Sicherheitsdienstes Karriere gemacht hatte, die hergebrachte Parteidiktatur, während Kardelj als Verfechter einer kommunistischen Legalität betrachtet werden kann, die zwar mit unserer Auffassung von Demokratie nicht identisch ist, aber unbestreitbar schon zur Annäherung an rechtsstaatliche Verhältnisse geführt hat.

Nun hatte Tito das Amt des Vizepräsidenten sozusagen eigens für Rankovic geschaffen, so dass dieser als durchaus genehmer Nachfolger prädestiniert geschienen hatte. Sein jetziger Rücktritt ist wegen der mit seiner Person verbundenen politischen Linie vergleichsweise wichtiger, als es etwa in China das Ausscheiden von Peng Tschen aus dem Kreise der Anwärter um das Erbe Mao Tse-tungs war.

Bei der politischen Polizei, der «Ubda», ist es nicht nur zum Sturze ihres Chefs Stefanovic gekommen, sondern auch zum Anlaufen einer umfassenden Säuberung in ihren Reihen. Eine Kommission hat sich mit ihrer selbstherrlichen und illegalen Tätigkeit (u. a. das unstatthafte Abhören von Telefongesprächen — was man auch anderswo mit Interesse vermerken dürfte) befasst.

Daneben sind auch Machtkampf Aspekte ersichtlich. Der Ubda wird vorgeworfen, die Herrschaft über die KP angestrebt zu haben. Offenbar fühlte sich ein Teil der gegenwärtigen Parteispitze bedroht und reagierte mit rechtzeitigem Zuschlagen.

Diese Komponente einer machtmässigen Auseinandersetzung ist nicht zu vergessen. Der Sicherheitsdienst selbst als Institution wird nicht etwa desavouiert, sondern ausdrücklich als nützlich bezeichnet. Wenn aber die Ausmarchung gleichzeitig mit dem Streben nach Legalität Hand in Hand geht, dann um so besser. Chr. Brügger

aber anscheinend mit geringem Erfolg. Der Staat stellte den atheistischen gesellschaftlichen Organisationen mehrere Presseorgane zur Verfügung: Argumenty, Mysl wolna, Euhemer usw. Aber weder diese Presseorgane noch die zahlreichen atheistischen Broschüren scheinen Einfluss auf die Gläubigen ausgeübt zu haben.

Wie die sowjetische philosophische Literatur betont, wird der Kampf gegen die Kirche u. a. auch dadurch erschwert, dass es selbst unter den Kommunisten intellektuelle Kreise gibt, welche auf einen Kompromiss zwischen beiden Ideologien hoffen (namentlich angeführt wird der Schriftsteller und Journalist W. Benkowski). Die offizielle Antwort auf solche Abweichungen von der echten marxistisch-leninistischen Linie bilden Lenins Worte:

«Der Marxismus ist... gegenüber der Religion kompromisslos feindselig eingestellt».